

Die Beziehungen zwischen Pakistan und der DDR bis 1973

Alexander Benatar, IAAW, Humboldt-Universität zu Berlin

Während die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu Indien bereits Gegenstand einiger Veröffentlichungen gewesen sind, ist ihre Auseinandersetzung mit dem zweitgrößten Staat des Subkontinents von Historikern bislang völlig ignoriert worden. Bis es die Deutsche Demokratische Republik am 8. Oktober 1972 offiziell anerkannte, war Indien als wichtigster bündnisfreier Staat tatsächlich einer der Hauptadressaten der bundesrepublikanischen Hallstein-Doktrin und konnte sich einer entsprechenden Aufmerksamkeit der beiden international konkurrierenden deutschen Staaten stets gewiss sein.

Für das politisch und wirtschaftlich international weniger bedeutsame Pakistan galt dies in weitaus geringerem Maße, zumal der Erzfeind Indiens sich mit der Mitgliedschaft in den internationalen Verteidigungsbündnissen CENTO und SEATO bereits früh und eindeutig zum US-geführten Bündnissystem bekannt hatte. Der DDR musste Pakistan also gewissermaßen als „verlorener Posten“ erscheinen, auf dem es sich kaum lohnte, um Anerkennung zu kämpfen. Im Umgang mit Indien und später dem von Pakistan unabhängigen Bangladesch, versuchte die DDR mit diesem Umstand Sympathien zu gewinnen. Nur gut eine Woche bevor am 15. November 1972 auch Pakistan die DDR anerkannte, betonte der damalige Außenminister der DDR, Otto Winzer, im Gespräch mit seinem Amtskollegen aus Bangladesch, Abdus Samad Azad, man habe Kontaktversuche Pakistans in der DDR stets zurückgewiesen. Tatsächlich reichten die Kontakte nach Pakistan jedoch deutlich weiter zurück, als der Chefdiplomat der DDR zu diesem Zeitpunkt eingestehen wollte und die DDR hatte hierbei durchaus eine aktive Rolle gespielt.

Frühe Kontakte

Bereits Mitte der 1950er Jahre hatte Pakistan Interesse an bilateralem Handel mit der DDR gezeigt. In der für die DDR so entscheidenden Deutschlandfrage nahm Pakistan jedoch zum größten Bedauern des Ost-Berliner Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) entsprechend seiner westlichen Bündnisallianz eindeutig den Standpunkt der Bundesrepublik ein. Als der chinesisch-indische Grenzkrieg von 1962 zu einer Annäherung Pakistans an die V.R. China führte, sah man hierin im MfAA allerdings eine allgemeine Kurskorrektur der pakistanischen Regierung in Richtung des sozialistischen Bündnissystems. Wenngleich man zugestand, dass es zwischen der DDR und Pakistan durchaus noch Differenzen gab (wie die Sowjetunion unterstützte die DDR etwa den indischen Standpunkt in der Kaschmirfrage), sahen die Ost-Berliner Diplomaten das Zeitfenster für eine Intensivierung der Beziehungen mit Pakistan – wenn nicht gar für die Herstellung diplomatischer Beziehungen – weit aufgestoßen.

Das MfAA verfiel in Aktionismus: Im Sommer 1963 besuchte eine erste inoffizielle DDR-Handelsdelegation Pakistan auf der Durchreise nach Indien und bot Pakistan einen ähnlichen Handelsvertrag an, wie er bereits mit Indien bestand. Im selben Jahr besuchte auch eine Delegation des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) der DDR Pakistan, um Möglichkeiten zur Aufnahme staatlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten auszuloten. Das MfAA empfahl der Delegation jedoch dringend diskretes Auftreten: „Die Delegation muß bemüht sein, von sich aus die Propagierung ihres Aufenthaltes und ihrer Verhandlungen in der pakistanischen Presse zu vermeiden, um einem eventuellen Eingreifen in den Verhandlungsprozeß von westdeutscher Seite vorzubeugen. Von Pressekonferenzen und Interviews ist Abstand zu nehmen.“ Auch der eigenen Interessenkonflikte mit Pakistan war man sich weiterhin sehr bewusst: „Die Delegation muss eine Stellungnahme zur Kaschmirfrage umgehen, selbst wenn sie von pakistanischer Seite unmittelbar dazu aufgefordert werden sollte.“¹ All diese Bemühungen der DDR, auf offiziellem Wege mit Pakistan in Kontakt zu treten, verliefen jedoch bald im Sande.

Zumindest auf zivilgesellschaftlicher Ebene schien sich ab Mitte der 1960er Jahre etwas zu bewegen: Im Februar 1968 fand in Karachi eine Buchausstellung zur DDR statt und es wurde ein von einem Pakistaner geleitetes Büro der Leipziger Messe eröffnet. Außerdem kam es ab 1969 ohne aktives Zutun der DDR in Pakistan zur Gründung einiger unabhängiger Pakistan-DDR-Freundschaftsgesellschaften. Diese konnten jedoch von der DDR nicht immer im gewünschten Maße kontrolliert werden, was mitunter zu erheblichen Reibungen führte. So hatten im Frühjahr 1970 auch pakistanische Studenten in Eigenregie eine Pakistan-DDR Freundschaftsgesellschaft ins Leben gerufen, deren Vertreter sich bitter über mangelnde Unterstützung und unerwünschte Anweisungen aus Ost-Berlin beschwerten: „I want to make you very clear that we do not, don't want and will never take any instruction from you. We are educated enough to prepare our plans independently.“² Früchte trugen die Bemühungen der selbstbewussten Freundschaftsgesellschaften allerdings nicht.

Im Mai 1970 erklärte die DDR der pakistanischen Regierung erneut ihre Bereitschaft, offizielle staatliche Beziehungen aufzunehmen und schlug hierzu den Abschluss eines bilateralen Handels- und Zahlungsabkommens sowie die Errichtung staatlicher Handelsvertretungen vor. Der Zeitpunkt war gut gewählt: Die DDR-Vertretungen in Indien wurden im Sommer 1970 in Generalkonsulate umgewandelt. Wenig später wurde der bundesrepublikanische Botschafter in Delhi in der Presse mit der Einschätzung zitiert, die Bundesregierung würde diesen Schritt nicht nur nicht sanktionieren, sondern vielmehr die Entwicklungshilfe an Indien sogar noch erhöhen. Daraufhin begann auch die pakistanische Regierung die westdeutsche Hallstein-Doktrin zu testen und deutete ihr gegenüber zumindest an, die Beziehungen mit Ost-Berlin formalisieren zu wollen.

Trotz der generell wohlwollenden Haltung der pakistanischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik zeigte sich nun, dass man im Auswärtigen Amt (AA) durchaus dazu bereit war, mit harten Bandagen um die Sicherstellung der eigenen deutschlandpolitischen Interessen in Pakistan zu kämpfen: Als der damalige westdeutsche Botschafter in Islamabad, Norbert Berger, Ende Januar 1971 aus der lokalen Presse erfuhr, ein offizieller Atlas der DDR stelle die umstrittene Region Kaschmir als Teil Indiens dar, bat er in der Bonner AA-Zentrale um ein Exemplar der Karte, um sie dem pakistanischen Außenministerium vorzulegen. Zur unmissverständlichen Erklärung fügte er hinzu: „Die Karte könnte vielleicht

Einfluss auf die Pläne des Außenministeriums, eine DDR-Handelsvertretung zuzulassen, haben.“³ Das Verhalten der DDR im Ende März 1971 ausbrechenden Konflikt um Ost-Pakistan, dem späteren Bangladesch, in dem die DDR schnell und eindeutig Stellung zugunsten der indisch unterstützten Separatisten bezog, war wenig geeignet, pakistanische Sympathien zu wecken. Nach Ende der indisch-pakistanischen Kriegshandlungen im Dezember 1971 und der Anerkennung Bangladeschs durch die DDR im Januar 1972, lagen die Pläne zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Pakistan erst einmal auf Eis.

Der Weg zur Anerkennung

Dies änderte sich erst mit der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Indien am 8. Oktober 1972. Gut eine Woche später suchte der pakistanische Botschafter in Bonn das AA auf, um sich nach den deutschlandpolitischen Auswirkungen dieses indischen Schrittes zu erkundigen. Die Auskunft, die er erhielt, schien ihn zu beruhigen: Am 21. Oktober 1972 unterrichtete ein Vertreter des pakistanischen Außenministeriums den westdeutschen Botschafter Berger, auch Pakistan werde nun „in naher Zukunft diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen“. Pakistan könne nicht mehr länger warten, „um den Anschluß nicht zu verlieren.“⁴

Die Bundesregierung reagierte prompt und entrüstet. Noch am selben Tag wies sie den Vertreter der Bundesrepublik in Islamabad an, der pakistanischen Regierung mitzuteilen, dass diese Ankündigung, zumal nur einen Tag nach Unterzeichnung zweier wichtiger Kapital- und Umschuldungsabkommen in Bonn „erhebliche Irritation hervorgerufen“ habe. Vor der von Pakistan wiederum unerwünschten Anerkennung Bangladeschs Anfang Februar 1972 habe die Bundesregierung die pakistanische Regierung zumindest konsultiert und ihre Entscheidung begründet. Man erwarte von pakistanischer Seite also wenigstens ein entsprechendes Verhalten. Andernfalls könne die Bundesregierung „nicht ausschließen, daß auf die künftige Ausgestaltung der deutsch-pakistanischen Beziehungen, die bisher eng und freundschaftlich waren, ein Schatten fällt.“⁵ Am Folgetag wurde diese Drohung mit der Weisung untermauert, die Botschaft solle dies der pakistanischen Regierung noch vor Unterzeichnung der zu den Abkommen gehörenden Protokolle mitteilen. Man unterzeichne in der Erwartung, dass die pakistanische Regierung „von dem angekündigten Schritt gegenüber der DDR Abstand nimmt, bis die Grundvertragsverhandlungen in der Sache abgeschlossen sind.“⁶

Die Bonner Bemühungen zeigten Wirkung: Botschafter Berger wurde beschwichtigend mitgeteilt, der „Ausdruck ‚in naher Zukunft‘ bedeute nicht, dass die Anerkennung ‚übermorgen‘ erfolgen würde.“⁷ Als nächstes Datum für eine Anerkennung der DDR wurde nun der 15. November 1972 genannt. Pakistan hatte die Paraphierung des Grundvertrages also tatsächlich abgewartet.

Nach der Anerkennung

Am 24. Januar 1973 nahm die Botschaft der DDR in Pakistan mit Eintreffen des Geschäftsträgers ihre Tätigkeit auf. Erster Vertreter der DDR in Pakistan wurde Walter Schmidt⁸, den Ende April 1973 der erste ordentliche Botschafter Hans Maretzki ablöste. Am 6. April 1973 eröffnete Pakistan seine Botschaft in der DDR. Zum ersten Botschafter in Ost-Berlin

ernannte die pakistanische Regierung Mitte Mai 1973 den früheren Botschafter in Ottawa, Jamsheed K. A. Marker. Die Benennung dieses angesehenen Diplomaten, der zuvor bereits Botschafter Pakistans in der UdSSR gewesen war, wurde im MfAA allgemein als ein positives Zeichen der Wertschätzung gesehen, die Pakistan der DDR offensichtlich entgegenbrachte.

In Bonn wurde die Anerkennung der DDR trotz des pakistanischen Entgegenkommens nicht widerspruchlos hingenommen. Die Bundesrepublik ließ sich zwar nicht davon abhalten, am 30. November 1972 ein Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit Pakistan zu unterzeichnen. Eine eigentlich geplante Reise des Staatssekretärs Paul Frank zu Regierungskonsultationen nach Pakistan hingegen wurde zunächst auf unbestimmt verschoben. Auch dem pakistanischen Wunsch nach Aufhebung des nach dem letzten indisch-pakistanischen Konflikt über den Subkontinent verhängten Waffenembargos würde bis auf Weiteres nicht entsprochen werden, beschied man in der Bonner AA-Zentrale. In Indien wiederum rief die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Pakistan entgegen ost-berliner Befürchtungen keinerlei mediales Echo hervor.

Erste nennenswerte Aktion der DDR in Pakistan war Ende Juni 1973 die Gründung einer Pakistan-DDR-Freundschaftsgesellschaft im nahe der afghanischen Grenze gelegenen Peshawar. Nach Einschätzung der bundesrepublikanischen Botschaft bestand deren Hauptzweck darin, in diesem notorisch unregierbaren Teil des Landes im Auftrag der in Pakistan argwöhnisch beobachteten Sowjetunion die aufständischen Pashtunen zu unterstützen. Abgesehen von dieser und den bereits erwähnten kleineren Gruppen existierte in Pakistan jedoch weiterhin keine zentrale Freundschaftsgesellschaft, zumal die Zusammenarbeit der DDR-Botschaft etwa mit der Freundschaftsgesellschaft in Lahore dadurch beeinträchtigt wurde, dass die pakistanische Regierung der Tätigkeit solcher Freundschaftsgesellschaften im Lande die notwendige Zustimmung versagte und dazu aufforderte, bereits ausgesprochene Einladungen in die DDR wieder zurückzunehmen. Nichtsdestotrotz legte Pakistan der DDR gegenüber schnell eine ausgesprochene Forderungshaltung an den Tag, wie Marezki berichtete: „An die Entwicklung der Beziehungen werden von pakistanischer Seite Erwartungen geknüpft, die bisher ohne konkrete Formulierungen besonders eine ökonomische und wissenschaftlich-technische Unterstützung seitens der DDR in unrealistischer Art und Weise voraussetzen.“⁹ An der Zahlung substanzieller Entwicklungshilfe an Pakistan war die DDR jedoch nicht interessiert.

Der DDR ging es in Pakistan nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen weniger darum, sich wirtschaftlich in die Politik des indischen Subkontinents einzubringen, als vor allem um eine verbesserte Sichtbarkeit im Gastland. Dass es um diese nicht sonderlich gut bestellt war, musste schon der erste Vertreter der DDR in Pakistan, Walter Schmidt, Anfang 1973 feststellen: „Eine weitere Erfahrung aus den ersten offiziellen und inoffiziellen Kontakten mit Pakistanern besteht darin, dass die DDR als Staat absolut unbekannt ist und wir in dieser Frage vom Nullpunkt anfangen müssen. Selbst der Sprecher des Parlaments [...] begrüßte mich zwar herzlich, wollte mir aber dann zeigen, dass er auch schon einige Politiker meines Landes kennt, indem er mir Adenauer, Erhardt, Kiesinger und Brandt aufführte.“¹⁰

Die DDR machte sich nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Pakistan in erster Linie konkrete außenpolitische Anliegen der Sowjetunion zu eigen, indem sie die „Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien“ propagierte. Etwaige bilaterale Ziele der DDR mussten demgegenüber zurückstehen. So konnte etwa ein Handelsvertrag nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht sofort geschlossen werden, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, dass die DDR sich von Pakistan nicht auf konkrete Zusagen zum Umfang dieses Handels festlegen lassen wollte. Erst im Laufe des Jahres 1974 schloss die DDR ein Handels- und Zahlungsabkommen sowie ein Kulturabkommen mit Pakistan ab. Abgesehen davon blieben persönliche Kontakte und gegenseitige Besuche zwischen der DDR und Pakistan weiterhin vereinzelt und die Wirksamkeit der verschiedenen Freundschaftsgesellschaften sehr begrenzt. Die DDR war nun offiziell in Pakistan vertreten, hinterließ dort jedoch kaum Spuren.

Quellen

Während die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu Indien mit Johannes Voigts *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952-1972)* [Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, 2008] und Amit Das Guptas *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die bundesdeutsche Südasienspolitik unter Adenauer und Erhard, 1949-1966* [Husum: Matthiesen Verlag, 2004] bereits umfangreiche wissenschaftliche Beachtung gefunden haben, existiert zum Austausch von BRD und DDR mit Pakistan noch keinerlei Sekundärliteratur. Solange die pakistanischen Archive Ausländern weiter verschlossen bleiben, ist der an deutsch-pakistanischer Diplomatiegeschichte interessierte Historiker also zwingend auf eine eigene Primärquellenrecherche in deutschen Archiven angewiesen. Namentlich sind dies das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) in Berlin und das Bundesarchiv (BArch) mit seinen Standorten in Berlin und Koblenz.

Bis 1979 sind die Archivbestände des MfAA im PA AA thematisch nach dem Pertinenzprinzip geordnet. Sämtliche MfAA-interne Korrespondenz und Berichte mit Bezug zu Pakistan findet sich im PA AA im Bestand M1 - Zentralarchiv. Archivalien, deren Laufzeit spätestens 1966 endet, sind durch eine mit A beginnenden Signatur gekennzeichnet, die Archivalien-signatur solcher mit einem späteren Laufzeitende beginnt mit C. Über die MfAA-Bestände hinaus sind jedoch natürlich auch die Einschätzungen der „Gegenseite“ aufschlussreich.

Das westdeutsche AA ordnete seine Archivalien von Anfang an herkunftsbezogen nach dem Provenienzprinzip. Die Akten des Länderreferats „IB 5 Süd- und Ostasien, Australien, Neuseeland und Ozeanien“, das auch die bilateralen politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Pakistan bearbeitete, finden sich im Bestand B 37. Als Kuriosum ist zu vermerken, dass das PA AA eine Akte dieses Länderreferats IB 5 offenbar falsch klassifiziert hat: Der Band 306 behandelt zwar die Beziehungen der DDR zu Pakistan, findet sich jedoch nicht im Bestand B 37, sondern im Bestand B 38 - Berlin und Wiedervereinigungsfragen. Relevante Korrespondenz und Berichte aus der bundesrepublikanischen Botschaft in Islamabad finden sich außerdem im Bestand AV Neues Amt unter dem Kürzel ISLA. Als Teil der „Beziehungen des Gastlandes zu Drittstaaten“ behandelten regelmäßige Berichte der Auslandsvertretungen stets auch den Austausch der jeweiligen Gastländer mit der DDR.

Zuletzt existieren am Berliner Standort des Bundesarchivs im Bestand DY 13 - Liga für Völkerfreundschaft der DDR, der Dachorganisation der in der DDR bestehenden nationa-

len Freundschaftsgesellschaften, Schriftstücke einer eigenständig agierenden pakistanischen DDR-Freundschaftsgesellschaft, die die zuständige Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft der DDR um (vor allem finanzielle) Unterstützung ihrer Arbeit bat.

Endnoten

¹ Schwab in „Außenpolitische Direktive für den Besuch der Delegation des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel in Pakistan“, 30. Oktober 1963, PA AA, M 1, A 13948.

² Parvez Masud Baig an Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft, 9. Dezember 1971, BArch, DY 13/2240.

³ Berger an AA, 25. Januar 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.

⁴ Berger an AA, 23. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

⁵ Diesel an Botschaft Rawalpindi, 23. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

⁶ Van Well an Botschaft Rawalpindi, 24. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

⁷ Berger an AA, 26. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

⁸ Berger an AA, 25. Januar 1973, PA AA, B 37, Bd. 100303.

⁹ Marezki an Willerding/MfAA, 27. Juni 1973, PA AA, M 1, C 89/78.

¹⁰ Schmidt an Radde/MfAA, 8. Februar 1973, PA AA, M 1, C 97/78.

MIDA Langfristvorhaben, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.
MIDA Long Term Project, funded by the German Research Council.

Herausgeber/*Editors*: Anandita Bajpai, Heike Liebau
Layout: Monja Hofmann
Anbieter/*Host*: ZMO, Kirchweg 33, 14129 Berlin
Kontakt/*Contact*: archival.reflexicon@zmo.de

ISSN 2628-5029
© MIDA 2018